

Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung

Nr. 3.

zu Nr. 292 des Hauptblattes.

1922.

Beauftragt mit der Herausgabe: Regierungsrat Brause in Dresden.

Landtagsverhandlungen.

(Fortsetzung der Sitzung vom 12. Dezember.)

Präsident: Es sind hier zwei Anträge eingegangen, zunächst ein Antrag,

der Landtag wolle beschließen,

1. in § 1 nach dem zweiten Absätze folgenden neuen Absatz einzufügen:

Die Aufwandsentschädigung wird nur für volle acht Monate, November bis Juni, gewährt. Für Sitzungstage während der Ferien werden Tagegelder in Höhe von $\frac{1}{2}$ der monatlichen Aufwandsentschädigung gewährt.

2. den § 7 der Regierungsvorlage wiederherzustellen.

gez.: Böttmann, Rammelsberg usw.

Dann ein Minderheitsantrag zu Drucksache Nr. 45, betr. das Gesetz über die Aufwandsentschädigung,

der Landtag wolle beschließen,

die §§ 4 und 7 unverändert nach der Vorlage anzunehmen.

gez.: Ellrodt, Schneller.

Abg. Rammelsberg (Dtschnat.): Wir wollen für die Tätigkeit der Abgeordneten keine Gehalte, sondern Aufwandsentschädigungen. Wenn das Gesetz so durchgeführt wird, wie es der Herr Berichterstatter vorgeschlagen hat, so kommt die ganze Regelung einer gehaltlichen Regelung gleich. Das ist der Würde und Arbeit eines Abgeordneten nicht entsprechend. Er arbeitet zum Wohle des Vaterlandes und nicht für Gehalt. Wir bitten Sie daher, den ersten Teil des Antrages, daß wir in den acht Monaten, in denen wir die Haupt-sitzungen haben, eine Entschädigung bekommen, anzunehmen. Dann haben wir in dem zweiten Teil des Antrages darum gebeten, den § 7 wieder herzustellen. Wir können es nicht verstehen, wie mit einem Male eine Sinnesänderung in den Kreisen eingetreten ist, die bei der ersten Gehaltsfestsetzung der Minister jedenfalls auf dem Standpunkt standen, daß die Tagegelder und Diäten für diese Monate nicht gezahlt werden. Bei einer derartig hohen Festsetzung der Gehälter der Minister ist es nicht berechtigt, ihnen auch noch Tagegelder zu zahlen für Sitzungen, wo sie zum Teil Regierungsgeschäfte im Landtage vornehmen müssen.

Abg. Köllig (Dtsch. Sp.): M. D. u. S.! Im Namen der Deutschen Volkspartei habe ich zu erklären, daß wir der automatischen Angleichung der Diäten an die Diäten der Reichstagsabgeordneten zustimmen, aber wir sind wie schon früher der Meinung, daß die Diäten bei uns im sächsischen Landtage nur für die Zeit ausgezahlt werden sollen, in der wir tatsächlich Tagungsperiode haben. Wir werden ferner für die Wiederherstellung des § 7 eintreten, also gegen den Antrag Nr. 6 der Vorlage Nr. 45 stimmen.

Abg. Dr. Dehne (Dem.): Dem Antrag, die Diäten auf acht Monate zu beschränken, vermögen wir nicht zuzustimmen, weil wir die Meinung nicht teilen können, daß die letzten Jahre uns gelehrt hätten, daß sich die Sitzungsperiode auf acht Monate zusammenschieben würde. Das Gegenteil haben wir sehen müssen. Und wenn wir heute gehört haben, was die Regierung glaubt, in der nächsten Zeit mit diesem Landtag erleben zu müssen, so müssen wir ruhig zugeben, daß von einer achtmonatigen Arbeitszeit keine Rede sein kann.

Für uns ist die Frage, die in § 7 behandelt wird, ob die Ministerabgeordneten Aufwandsentschädigung zu bekommen haben oder nicht, eine grundsätzliche Frage. Für die Zuteilung der Diäten ist maßgebend und entscheidend nur eine Tatsache, die Abgeordneten-eigenschaft des Beireffenden. Liegt diese vor, dann hat er Aufwandsentschädigung zu beanspruchen. Für die Beurteilung anderer Fragen, nämlich ob der Beireffende arm ist oder reich, ob er fleißig ist oder nicht, ob er viel zu tun hat oder wenig, ob er sich sein Mandat angelegen sein läßt oder nicht, ob er Beamter ist oder nicht, oder ob er Minister ist oder nicht, für die Beurteilung dieser Fragen ist kein Raum. Deswegen werden wir für Streichung des § 7 stimmen.

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters werden in der Abstimmung die Anträge Böttmann und Ellrodt abgelehnt, die Ziff. 4 des Ausschußantrages gegen 10, die Ziff. 6 gegen 39 Stimmen und die übrigen Ziffern einstimmig angenommen.

(Schluß der Sitzung 3 Uhr 10 Minuten.)

4. Sitzung.

Donnerstag, den 14. Dezember 1922, nachmittags 1 Uhr 27 Minuten.

Präsident Winkler eröffnet die Sitzung 1 Uhr 27 Minuten nachmittags.

Am Regierungstisch: Ministerpräsident Buch, die Minister Lipinski, Heldt, Fellsch, Ritzau und Dr. Zeigler, die Ministerialdirektoren Michel, Dr. Lempe, Dr. Schulze, Dr. v. Hübel und 21 weitere Regierungsvertreter.

Präsident: An Stelle des verstorbenen Abgeordneten Ostwin Schmidt (Dtschnat.) ist neu in den Landtag ein-

getreten Herr Abg. Walter Grelmann (Zurufe bei den Kom.)

Punkt 1 der Tagesordnung: Wahl von Mitgliedern

a) für den Beirat der Sächsischen Staatsbank,

b) in die Ausschüsse zur Verwaltung der Gebäude- und der Mobiliarversicherung der Landes-Brandversicherungsanstalt,

c) für die Beiräte bei den kaufmännisch verwalteten Unternehmungen des Staates und für den Landes-elektrizitätsrat,

d) in den Ausschuss zur Verwaltung des Ausgleichs-fonds,

e) in den volkswirtschaftlichen Ausschuss für die Land-wirtschaftsbetriebe des Wirtschaftsministeriums,

f) für den Aufsichtsrat der Landesiedelungsgesellschaft „Sächsisches Heim“.

Abg. Schneller (Kom.): Im Ältesten-Rat ist bezüglich der Zusammensetzung der Ausschüsse im allgemeinen die Meinung vertreten und demgemäß verfahren worden, daß in Beiräten, die von wirtschaftlicher Bedeutung sind, die Arbeiterpartei unbedingt die Mehrheit haben muß.

Bei einigen sehr wichtigen Ausschüssen, dem Beirat der Sächsischen Staatsbank und dem Landes-elektrizitätsrat ist man von diesem Vorhaben abgekommen und hat den bürgerlichen Parteien zwei Sitze zugebilligt. Diese Meinung können wir keineswegs teilen. Wir müssen schon verlangen, daß in diesen Beiräten, wenn man schon nicht bloß Arbeitervertreter hineinsenden will, doch zum mindesten eine Mehrheit geschaffen wird durch Vertretung der Arbeiterpartei. Wir schlagen deshalb vor, daß in den Beirat der Sächsischen Staatsbank von den Linksparteien die Abgg. Pudor und Böttcher gewählt werden und daß der 3. Sitz den Bürgerlichen überlassen bleibt.

Abg. Wirth (Soz.): Wir haben bei diesen Ausschüssen weniger Wert darauf gelegt, daß die Parteien gleichmäßig vertreten sind, sondern daß auch wirklich Leute in den Ausschüssen kommen, die von den Dingen etwas verstehen. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Hier handelt es sich um eine Sache, wo wir Leute hineinwählen wollen, die wirklich das ganze Bankwesen kennen und infolgedessen dort auch nützlich wirken können. Ich möchte Sie bitten, dem Vorschlage des Ältestenrates zuzustimmen.

Präsident: Ich werde zunächst über den Vorschlag der kommunistischen Fraktion abstimmen lassen, in den Staatsbankbeirat Herrn Abg. Böttcher, in den Landes-elektrizitätsrat Herrn Abg. Schneller zu wählen.

Der Vorschlag Schneller wird hierauf abgelehnt. (Abg. Renner: Einheitsfront!)

In den Beirat der Sächsischen Staatsbank werden die Abgg. Hofmann, Anders und Pudor gegen 7 Stimmen, in den Ausschuss zur Verwaltung der Gebäudeversicherung der Landes-Brandversicherungsanstalt die Abgg. Gantner (Pulsnitz), Dennhardt, Gantner (Blauen), Rood, Dr. Edardt, Lieberach und als Stellvertreter die Abgg. Drescher, Leithold, Schnitz, Dr. Riethammer, Pudor und Berg einstimmig, in den Ausschuss zur Verwaltung der Mobiliarversicherung der Landes-Brandversicherungsanstalt die Abgg. Rebrig, Wedel, Reinel-Tammenberg und Jäger und als Stellvertreter die Abgg. Hagen, Wirth, Bed und Bauer gewählt.

Für die Beiräte bei den kaufmännisch verwalteten Unternehmungen des Staates werden für die Braunkohlenwerke die Abgg. Dennhardt, Strube und Dr. Edardt, für die Steinkohlenwerke die Abgg. Langhorst, Müller (Chemnitz) und Lippe, für die Porzellanmanufaktur die Abgg. Wölner, Zippel und Wörner, für die Blaufarbenwerke die Abgg. Sachse und Mitschke, für die Kaltwerke die Abgg. Granz und Bauer, für die Hüttenwerke mit Ränge die Abgg. Schurig, Bethge und Bänger gewählt.

Für den Landes-elektrizitätsrat werden die Abgg. Hofmann, Dr. Schneider und Wirth gegen 7 Stimmen, für den Ausschuss zur Verwaltung des Ausgleichs-fonds die Abgg. Graupe, Rebrig und Blüher, als Stellvertreter die Abgg. Kühn, Hofmann und Dr. Dehne, für den volkswirtschaftlichen Ausschuss der Landwirtschaftsbetriebe die Abgg. Schembor, Müller (Leipzig), Claus und Pagenstecher, für den Aufsichtsrat der Landes-siedelungsgesellschaft „Sächsisches Heim“ die Abgg. Dr. Sachs und Schembor, Frau Böttmann und Fraulein Dr. Hertwig, als Stellvertreter die Abgg. Rood, Müller (Chemnitz), Frau Böttner und Abg. Rammelsberg gewählt.

Punkt 2 der Tagesordnung: Erste Beratung über die Vorlage Nr. 1, die vom Gesamtministerium in der Zeit zwischen der Auflösung des vorigen und dem Zusammentritt des neuen Landtags erlassenen Notverordnungen betreffend.

Die Notverordnungen unter Anlage 1 und Anlage 8 der Vorlage 1 werden ohne Debatte dem Haushaltsausschuss A und die übrigen Anlagen dem Rechtsausschuss überwiesen.

Punkt 3 der Tagesordnung: Aussprache über die Regierungserklärung.

Abg. Wirth (Soz.): M. D. u. S. von der rechten Seite dieses Hauses! Als Sie heute vor einem Viertel-jahre, am 14. September, den Landtag mit Hilfe der äußersten Linken auflösten, bezeichnet das Stenogramm: Bravo, Handklatzchen auf der rechten Seite und auf den Tribünen. Sie befanden sich damals also in einer sehr freudigen Stimmung und gingen mit der sicheren Hoffnung in den Wahlkampf hinein, daß nach den Wahlen in dieses Haus eine bürgerliche Majorität einziehen würde. Man muß Ihnen wirklich ohne weiteres zugeben, daß Sie auf Seiten der bürgerlichen Parteien sich die größte Mühe in diesem Wahlkampfe gegeben haben. Wenn man die Flugblätter und Zeitungen der bürgerlichen Parteien nachgelesen hat, so muß man schon sagen, daß an Verdrehungen, Entstellungen, Unwahrheiten und Berkeumdungen (Sehr richtig links! — Widerspruch rechts.) gegen die Sozialdemokratische Partei die bürgerliche Presse nichts zu wünschen übrig gelassen hat. Nichts haben Sie veräußert. Selbst die Kirche wurde von den Herren Pastoren zum Wahllokal ausgerufen. (Sehr richtig links.)

Wenn man beispielsweise in den Wahlflugblättern geschrieben hat, „Beamte, die frei in ihrer politischen Überzeugung, treue Diener an Volk und Staat sind“, m. S., dann muß einem das ein Lächeln abzingeln, und das muß noch dazu einem Menschen passieren, wie mir, dem ein Generaldirektor v. Kirchbach sagte, als ich entlassen wurde: „Wir vermuteten, daß Sie sozialistischen Anschauungen huldigen.“ Deshalb schmiß man mich hinaus, wie viele, viele andere (Zuruf rechts: So wie jetzt!), nur, weil man vermutete, daß ich sozialistischen Anschauungen huldigte, und noch dazu, wie man mir ausdrücklich versicherte, obgleich ich mich sonst dienstlich musterhaft geführt habe, aber ich wurde drei Tage vor Weihnachten entlassen, und da bringen Sie den Mut auf, etwas Berattiges in einem Flugblatt zu schreiben. Ja, m. S., ich weiß schon, Sie rechnen auf die Dummheit der Menschen und auf ihre Vergesslichkeit. Sie von der Rechten stehen in Ihrem moralischen Niveau oft weit tiefer als die Arbeiter. Auch die Herren Demokraten konnten es sich nicht versagen. (Weiterheit rechts.) Sie wollten bei dem großen Rennen dabei sein. Nachdem sie das bereits bei dem Volksbegehren nachgeholt hatten, haben sie sich auch im Wahlkampfe in dieser Weise betätigt. Jedenfalls hat Ihnen die Auflösung des alten Landtags nichts genügt, im Gegenteil! (Zuruf rechts: Abwarten!) Sie haben dabei verloren, und es ist etwas anderes eingetreten, als was Sie wollten. (Lachen rechts und Zuruf: Das kommt schon noch!) Sie haben aber die Arbeiten des Landtages gestört und haben erreicht, daß eine ganze Reihe wichtiger Vorlagen nicht verabschiedet werden konnte und haben den Staat um eine ganze Anzahl von Millionen gebracht, die wir hätten besser anwenden können. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Hoffentlich ziehen Sie aus den letzten Wahlen in Sachsen auch die nötige Konsequenz. Es ist in Sachsen kein Boden für eine bürgerliche Majorität vorhanden. Lassen Sie sich das ein für allemal gesagt sein. Eine Partei, wie die Sozialdemokratie, die nun schon in mehreren Wahlgängen von rechts und links in der schmutzigsten Weise bekämpft worden ist, (Sehr gut! links.) eine solche Partei, die dennoch als Sieger aus dem Wahlkampfe hervorgeht, hat ein festes Fundament und Sie werden eine solche Partei niemals bezwingen, weder von rechts, noch von links. Die Wahrheit wird sich immer wieder Bahn brechen. (Sehr richtig! rechts.)

Mit der Regierungserklärung sind wir einverstanden. Wir wünschen, daß die Regierung das Ziel, das sie sich gesteckt hat, mit aller Kraft und Energie durchzuführen versucht, unbekümmert darum, ob man von rechts behauptet, es gehe zu weit, oder von links, es gehe nicht weit genug. Darauf hat eine Regierung keine Rücksicht zu nehmen. (Hört, hört! rechts.) Sie hat das Ziel, das sie sich gesteckt hat, zu verfolgen im Interesse des Sozialismus, denn es ist eine sozialistische Regierung, und wir werden sie dabei unterstützen nach allen unseren Kräften. Wir haben vor allen Dingen ein großes Interesse daran, daß die Gemeindeordnung, die durch die Auflösung des Landtags zurückgestellt werden mußte (Zuruf rechts: Gott sei Dank!), so schnell wie möglich von der Regierung eingebracht wird, damit sie hier beraten und endlich verabschiedet werden kann. Es ist notwendig, daß unsere Gemeinden endlich wieder einmal eine feste Grundlage bekommen, daß sie sich freier betätigen können, als das nach der alten Gemeindeordnung der Fall ist.

Ein weiteres sehr wichtiges Gebiet ist die Wohnungsfrage. Das heutige Wohnungselend, welches wir durchleben, muß bekämpft werden mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen.

Die heutigen Verhältnisse in der Volksernährung entwickeln sich immer mehr und mehr dazu, daß die arbeitende Bevölkerung, auch alle Beamten, alle kleinen Handwerker und alle, die heute nicht mehr in der Lage sind (Zuruf rechts.), sich genügend zu verdienen, um ein menschenwürdiges Dasein zu führen, nicht mehr in der Lage sind, sich die nötige Nahrung zu beschaffen, die sie für ihre tägliche Arbeit zum Ertrage ihrer Kräfte benötigen. Weiter müssen wir in Betracht ziehen, daß heute die Preise für Nahrungsmittel in einer Weise steigen, daß es nicht mehr möglich ist, selbst unseren Kindern die Milch zu ihrer Ernährung zu beschaffen. Das wird sich einmal später, in der nächsten Generation sehr schwer rächen. Wir glauben, daß es möglich wäre, auf diesem Gebiete noch manches zu tun. Was